

Wohlers, Eckhardt

Article — Digitized Version

Langer Atem notwendig

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wohlers, Eckhardt (1996) : Langer Atem notwendig, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 3, pp. 106-107

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137328>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Langer Atem notwendig



Eckhardt Wohlers

Die Abkühlung der Konjunktur in der Bundesrepublik im Laufe des vergangenen Jahres hat auch am Arbeitsmarkt zunehmend Spuren hinterlassen. So ist die Erwerbstätigkeit, die sich im vergangenen Sommer zu stabilisieren schien, zum Jahresende wieder zurückgegangen, und die Arbeitslosigkeit hat beschleunigt zugenommen. Zwar kommt es hier im Winter schon aus Witterungsgründen stets zu einem deutlichen Anstieg, und in diesem Jahr zieht sich der Winter besonders lang hin. Doch auch nach Ausschaltung der üblichen saisonalen Einflüsse hat die Zahl der Arbeitslosen inzwischen nahezu die 4-Millionengrenze erreicht; damit ist jede zehnte Erwerbsperson ohne Arbeitsplatz. Rechnet man die sogenannte „verdeckte“ Arbeitslosigkeit hinzu, ist die Zahl noch erheblich höher.

Angesichts der ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit allenthalben höchste Priorität zuerkannt. So hat die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht ein 50-Punkte-Programm für mehr Beschäftigung vorgelegt, das auf eine Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen zielt. Allerdings handelt es sich dabei in wichtigen Punkten wie der dringend gebotenen Rückführung der Staatsquote sowie der Reduzierung der Belastung der Einkommen mit Steuern und Abgaben bisher erst um Absichtserklärungen, und die rasche Umsetzung wird gerade durch die ungünstige Wirtschaftslage und deren Auswirkungen auf die Staatsfinanzen erschwert. Auch auf Gewerkschaftsseite hat nach der verkorksten Lohnrunde des vergangenen Jahres offenbar ein Umdenkungsprozeß eingesetzt. Das zeigt schon das von der IG Metall angebotene Bündnis für Arbeit, das trotz der vielen Fragezeichen, mit denen es versehen werden muß, in der Öffentlichkeit eine überraschend positive Aufnahme gefunden hat. Gegenwärtig sind allerdings die Verhandlungen auf einem peripheren „Nebenkriegsschauplatz“ festgefahren. Bei der Begrenzung der Überstunden, um die derzeit erbittert gerungen wird, geht es primär um eine Umverteilung und nicht um eine Erhöhung des Arbeitsvolumens; gerade hierauf sollten aber alle Bemühungen vorrangig gerichtet sein.

Ziel des in der Kanzlerrunde diskutierten Bündnisses für Arbeit ist es, die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahre 2000 zu halbieren. Dies ist in der Tat unter den in der Bundesrepublik herrschenden Verhältnissen ein sehr ehrgeiziges Vorhaben. Da für dieses Jahr selbst bei rascher Umsetzung der angekündigten Maßnahmen und einem baldigen Wiederanspringen der Konjunktur wegen der üblichen Wirkungsverzögerungen kaum schon mit einer nennenswerten Besserung der Lage am Arbeitsmarkt zu rechnen wäre, müßte die Arbeitslosenzahl in den Jahren 1997 bis 2000 um fast 500 000 pro Jahr gesenkt werden, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Das setzt zunächst ein erheblich stärkeres Wachstum als bisher voraus.

Geht man von einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktivität im Ausmaß des langjährigen Durchschnitts von rund 2% p.a. aus – angesichts überproportionaler Produktivitätsfortschritte in den neuen Bundesländern wäre er möglicherweise künftig sogar noch etwas höher anzusetzen –, so müßte das Wachstum in den kommenden Jahren schon deut-

lich über diese Marke hinausgehen, um die angestrebte Entlastung für den Arbeitsmarkt zu bringen. Bei einer solchen „Beschäftigungsschwelle“, die in den USA, wo die „Jobmaschine“ relativ gut funktioniert, übrigens deutlich niedriger ist als in Deutschland, würde ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 3% rein rechnerisch lediglich 350 000 neue Arbeitsplätze pro Jahr bringen. Selbst während des Aufschwungs in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre betrug aber die Wachstumsrate in der Bundesrepublik – bei damals sicherlich insgesamt günstigeren Rahmenbedingungen – nur durchschnittlich 2,6% p.a.; erst unter Einbeziehung der Jahre 1990 und 1991, die unter den Sonderbedingungen des einigungsbedingten Booms standen, erhöht sich die Rate auf durchschnittlich 3,4%.

Von der Angebotsseite her haben sich die Möglichkeiten für eine durchgreifende Beschleunigung der wirtschaftlichen Expansion in den letzten Jahren sogar verschlechtert. Denn aufgrund der schwachen Investitionstätigkeit hat sich das Wachstum des Produktionspotentials merklich abgeflacht; nach Berechnung des Sachverständigenrates erhöht es sich in den alten Bundesländern derzeit mit einer Jahresrate von weniger als 2%. Bei einer so schwachen Potentialentwicklung ist aber das Risiko groß, daß es bei einer nachdrücklichen Forcierung des Produktionsanstiegs bald zu einer Überforderung der Ressourcen mit entsprechend negativen Konsequenzen für die Stabilität und damit für die Nachhaltigkeit des Wachstumsprozesses kommt. Zwar würden im Aufschwung auch die Investitionen deutlich expandieren, aber eine nachhaltige Beschleunigung des Potentialwachstums erfordert hohe Zuwachsraten bei den Investitionen über geraume Zeit hinweg. Im übrigen würde sich dabei aller Erfahrung nach auch die „Beschäftigungsschwelle“ erhöhen. Denn mit der Modernisierung des Kapitalstocks, die mit der verstärkten Investitionstätigkeit einhergeht, werden höhere Produktivitätsfortschritte realisiert; zudem nimmt erfahrungsgemäß die Arbeitszeit zu, beispielsweise durch Umwandlung von Kurz- und Teilzeitarbeit in Vollzeitarbeit.

Um so größere Bedeutung kommt der Lohnentwicklung für die Beschäftigung zu. Lohnermäßigung würde nicht nur die Gewinnerwartungen der Unternehmen verbessern und so die Investitionstätigkeit stimulieren, sondern sie würde den Anreiz zum Ersatz von Arbeit durch Kapital mindern. Das gleiche gilt für die derzeit diskutierte Senkung der Lohnnebenkosten – sofern die positiven Effekte nicht durch negative von seiten der Finanzierung kompensiert werden – und für eine größere Flexibilisierung der Arbeitszeit oder für den Abbau „kostenträchtiger“ Arbeitsmarktregulierungen. Für sich genommen würde ein vermehrter Einsatz des Faktors Arbeit seinen Niederschlag in einer Verlangsamung des Anstiegs der Arbeitsproduktivität – bei möglicher gleichzeitiger Erhöhung der Kapitalproduktivität – und damit in einer Senkung der „Beschäftigungsschwelle“ finden, ohne daß dies zu Lasten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ginge.

Selbst wenn es gelänge, die Erwerbstätigkeit erheblich zu steigern, würde damit allerdings die Zahl der Arbeitslosen nicht im gleichen Maße sinken. Denn mit der Besserung der Beschäftigungslage nimmt erfahrungsgemäß auch die Nachfrage nach Arbeitsplätzen zu. So werden Personen, die bei ungünstigeren Beschäftigungsaussichten die Jobsuche vorübergehend eingestellt und sich in die „Stille Reserve“ zurückgezogen hatten, wieder am Arbeitsmarkt aktiv. Die Erwerbsbeteiligung wird nicht zuletzt bei Frauen zunehmen; insbesondere in Ostdeutschland, wo die Erwerbsquote zu DDR-Zeiten sehr hoch war, besteht hier ein großes Reservoir. Schließlich wächst das Angebot an Arbeitskräften auch aufgrund von Zuwanderungen aus dem Ausland.

Aus all diesen Gründen wird nur ein Teil der neu geschaffenen Arbeitsplätze von Arbeitslosen besetzt werden. Beispielsweise erhöhte sich in den Jahren 1984 bis 1991 – bei schon wegen des Zustroms von Aus- und Übersiedlern kräftig steigendem Arbeitskräfteangebot – die Zahl der erwerbstätigen Inländer im früheren Bundesgebiet um 2,6 Millionen, während die der registrierten Arbeitslosen lediglich um 600 000 zurückging. Vor diesem Hintergrund erscheint alles in allem die angestrebte Halbierung der Arbeitslosenzahlen bis zum Ende des Jahrzehnts kaum erreichbar. Dazu bedarf es eines erheblich längeren Atems.